



Kleine Anfrage

des Abg. Merz (SPD) vom 13.06.2013

**betreffend Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie am UKGM,
Standort Gießen**

und

Antwort

der Ministerin für Wissenschaft und Kunst

Vorbemerkung des Fragestellers:

Es ist zunehmend in der Öffentlichkeit bekannt geworden, dass der Rhönkonzern den Bauzustand der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie am Universitätsklinikum in Gießen soweit vernachlässigt hat, dass gegenwärtig offensichtlich weitgehende Bau­fälligkeit besteht.

Vorbemerkung der Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Ein Sanierungsbedarf an den Gebäuden der Universitätskliniken in Gießen und Marburg und somit auch der an der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie in Gießen wurde im Vorfeld der Privatisierung im Jahr 2004 fest­gestellt. Die bauliche Neuordnung der psychiatrischen Kliniken in Gießen ist eine der im Investitionskonzept aus dem Jahr 2005 verankerten Baumaßnahmen. Seit 2006 wurden allein am Standort Gießen seitens der Universitätsklinikum Gießen Marburg GmbH 240 Mio. € in die Erneuerung der Universitätsklinik investiert.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Seit wann sind der Hessischen Landesregierung diese Zustände bekannt?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

Frage 2. Wie steht die Hessische Landesregierung zu dem Faktum, dass das Rhönklinikum den versprochenen Neubau der Klinik seit 2008 verschleppt?

Für die Neuordnung der psychiatrischen Kliniken in Gießen wurde bereits ein medizinisch-bauliches Konzept und eine Planung erarbeitet, die sowohl einen Ergänzungsneubau als auch den Umbau und die Sanierung der bisherigen Medizinischen Klinik für die Psychiatrie vorsieht, die Anfang 2011 in den Neubau des Großklinikums verlagert wurde. Die Realisierung eines weiteren Neubaus auf dem beengten Bau­feld östlich der denkmalgeschützten Medizinischen Klinik steht in weiterer Abhängigkeit von der Verlagerung von Laboren und Ambulanzen sowie der Bettenstation der Hautklinik, für die nach den Planungen der Universitätsklinikum Gießen Marburg GmbH ebenfalls noch ein Ersatzneubau errichtet werden muss.

Frage 3. Wie gedenkt die Hessische Landesregierung sicher zu stellen, dass die Rhönkliniken AG diesmal den Neubau wirklich in Angriff nehmen und baldmöglichst fertig stellen wird?

Der Neubau einer Klinik für Psychiatrie in Gießen ist Bestandteil der im Januar 2013 geschlossenen "Gemeinsamen Vereinbarung" mit der Röhn-Klinikum AG und der Universitätsklinikum Gießen Marburg GmbH.

Darin wird der Neubau der Klinik für Erwachsenenpsychiatrie in Gießen als "dringliche bauliche Maßnahme" bezeichnet, mit der nach Möglichkeit noch im Jahr 2013 begonnen werden sollte.

Nach Mitteilung der Universitätsklinikum Gießen Marburg GmbH wurde der Planungsauftrag erteilt und es steht die Einreichung der Bauantragsunterlagen bei der dafür zuständigen Behörde unmittelbar bevor.

Der Aufsichtsrat der Rhön-Klinikum AG hat den Baumaßnahmen zur Neuordnung der Psychiatrie in Höhe von 22,9 Mio. € zugestimmt. Die Bauausführung soll im 1. Halbjahr 2014 starten. Das Land wird auch als Mitgesellschafter in den entsprechenden Gremien der Universitätsklinikum Gießen Marburg GmbH darauf hinwirken, dass dies weiterhin so umgesetzt werden wird.

Frage 4. Was gedenkt die Hessische Landesregierung zu veranlassen, um die bestmögliche Versorgung der Patienten und die Gesundheit der Mitarbeiter bis dahin sicher zu stellen?

Bis zur Fertigstellung eines Neubaus führt die Universitätsklinikum Gießen Marburg GmbH unter Überwachung des Regierungspräsidiums Gießen und des Gesundheitsamtes Gießen als zuständige Aufsichtsbehörden die zur weiteren Aufrechterhaltung des Betriebs notwendigen Maßnahmen im Bestandsgebäude durch.

Mit der Abarbeitung der bei Begehungen im Mai und Juni 2013 festgestellten Mängel wurde bereits begonnen. Die Behörden werden die weitere Abarbeitung überwachen. Durch die bereits eingeleiteten bzw. bis zum 1. Quartal 2014 durchzuführenden Maßnahmen wird die Universitätsklinikum Gießen Marburg GmbH dafür Sorge tragen, dass sowohl die medizinische Versorgung der Patientinnen und Patienten als auch die Gesundheit des Personals sicher gestellt werden kann, bis ein Neubau fertiggestellt und bezogen ist.

Wiesbaden, 13. November 2013

Eva Kühne-Hörmann